



**PER E-MAIL**

Frau Staatsministerin  
Emilia Müller, MdL  
Bayerisches Staatsministerium für  
Arbeit und Soziales, Familie und Integration  
Winzererstraße 9  
80797 München

Referent: Julius Forster  
Telefon (089) 29 00 87-18  
Telefax (089) 29 00 87-68  
julius.forster@bay-staedtetag.de  
Az. A 416/13-004-001-003  
Nr. 89/2007 FoVo

heidemarie.link@stmas.bayern.de

München, 19. März 2014

**Bedarfsgerechte Ausstattung der Asylsozialberatung in ganz Bayern**

Sehr geehrte Frau Staatsministerin,

bereits in unserem Forderungspapier anlässlich der Landtags- und Bundestagswahl im vergangenen Jahr haben wir uns wieder dafür eingesetzt, dass allen Asylsuchenden in Bayern Asylsozialberatung ermöglicht und die Haushaltsmittel dafür bis zur Bedarfsdeckung aufgestockt werden. In den letzten Jahren konnte hier schon viel erreicht werden, wofür wir Ihnen herzlich danken. Dennoch müssen wir nochmals darauf zurückkommen, weil gerade eine funktionierende Asylsozialberatung der wichtigste Beitrag dafür ist, dass das Zusammenleben von Asylsuchenden untereinander und mit der einheimischen Bevölkerung funktionieren kann. Gerade der jetzt notwendige Ausbau von Erstaufnahmeeinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünften und kommunalen Unterbringungsmöglichkeiten kann nur gelingen, wenn dies von der Bevölkerung stärker als bisher akzeptiert wird.

Als Hindernisse sehen wir hier immer noch die Tatsache, dass ein bedarfsdeckender Ausbau hinter dem Bestand an Asylsuchenden in Bayern und hinter dem weiterhin zunehmenden Zustrom von Flüchtlingen zurück bleibt. Gründe dafür sehen wir nicht nur in den für eine Bedarfsdeckung nicht ausreichenden Haushaltsmitteln, sondern auch darin, dass die Wohlfahrtsverbände zwingend nicht unerhebliche Eigenmittel einsetzen müssen, um die Asylsozialberatung weiter ausbauen zu können. Wir ersuchen Sie daher dringend, zusätzliche Mittel in ausreichendem Umfang zur Verfügung zu stellen, die Förderung der Asylsozialberatung bedarfsdeckend und möglichst auf 100 Prozent der Kosten zu erhöhen sowie den Ablauf der Stellenbesetzung zu beschleunigen.

Die Kommunen werden immer stärker von den Wohlfahrtsverbänden zur Mitförderung aufgefordert oder sehen sich zur Verbesserung der Akzeptanz in der Bevölkerung selbst gezwungen, als freiwillige Leistung Asylsozialberatung alleine oder ergänzend zum Freistaat zu finanzieren. Wir halten dies schlechterdings nicht für vertretbar, weil es sich hier letztlich um eine staatliche Aufgabe handelt und viele Kommunen gar nicht die Mittel für freiwillige Leistungen zur Verfügung haben.

Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung, damit der weiter notwendige Ausbau der Kapazitäten für Flüchtlinge in Bayern gemeinsam gelingen kann.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Ulrich Maly  
Oberbürgermeister  
Vorsitzender



Thomas Kostenbader  
1. stellvertretender  
Geschäftsführer